Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, — zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 6, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.

Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhdlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Strehlener Straße 6.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Königgrätzer Straße 116.
Fernsprecher Amt VI Nr. 3393.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Nr. 546. **Sonntag** den 26. Oktober 1902. **96. Jahrgang.**

Aus der Woche.

„Du mußt es dreimal sagen!" so ruft die Reichsverfassung dem an der Gesetzgebung mitwirkenden Reichstage zu. Und zweimal muß das Reichsparlament für Vorlagen, wie die Zollgesetze, in Ziffern reden, wobei es nichts zu diplomatisieren gibt. Einmal nun hat der Reichstag sich erklärt, ablehnend, wenn man die Haltung der Regierungen in Betracht zieht. Denn an deren Beharren auf dem eingenommenen Zahlenstandpunkte ist nun nicht mehr zu zweifeln. Aber wenn die Mehrheitsparteien den Regierungen bisher einen Vorwurf daraus machten, daß sie „eigensinnig" oder „halsstarrig" blieben, so laufen Zentrum und Konservative unseres Erachtens weit größere Gefahr, sich diesen Tadel als einen berechtigten zuzuziehen, wenn sie bei ihrer „Rede" bleiben; denn die Regierungen, die Handelsverträge abschließen wollen und sollen, haben mit anderen, mit fremdländischen Factoren zu rechnen; der Abgeordnete braucht über sein endgültiges Votum nur mit sich allein ins reine zu kommen. Es sei denn, er fürchte sich vor seinen Wählern — eine Gemütsverfassung, gegen die einen Volksvertreter, der dies dem Geiste des Gesetzes nach ist, sein Gewissen schützt. Nun weiß man wohl, das Parlamentariergewissen wird manchmal bei der Fraktion in Depot gegeben und dort ohne weiteres Dazwischentreten des Eigentümers verwaltet; aber es ist unerfindlich, welches Interesse die beiden Fraktionen, auf die es ankommt, zwingen könnte, die zurückgewiesenen Forderungen aufrecht zu erhalten. Zu gewinnen haben sie zollpolitisch bei den Neuwahlen nichts, denn sie besitzen schon jetzt die Mehrheit, und daß ein Zuwachs von vielleicht zwanzig Stimmen, auf die die Rechte und das Zentrum aber gar nicht hoffen, die Regierungen zu anderen Ansichten über die Möglichkeiten einer Handelsvertragspolitik bewegen könnte, erodiat Judaeus Arendt. Es tritt also für Konservative, Zentrum und Polen, deren Redner im Reichstage nach Vorbringung etlicher unwahrhaftiger Polenklagen Zeit gefunden haben, die Frage heran, den wirtschaftlichen, sozusagen privatwirtschaftlichen Kern der Getreidezollangelegenheit recht geschickt und sauber herauszuschälen, es tritt also die von den Unbefangenen unzählige Male gestellte und von der Rechten einschließlich Zentrum und Polen bisher stets umgangene Frage die Allenherrschaft an: sind 5 und 5½ ℳ nicht mehr als 3½ ℳ und sind (bei der Gerste) 3 ℳ nicht einem Zollsatze von 2 ℳ vorzuziehen, notabene, wenn man die Beträge und das Plus erhalten soll? Der großen Masse der Verbraucher, der von der Linken mit unverkennbar wachsendem Erfolge vorgerechnet wird, daß sie diese Beträge brutto aus ihrer Tasche zu zahlen habe, kann man es nicht allzusehr verargen, wenn sie so abgeneigt gegen 5½, 5 und 3 ℳ ist, wie bisher die — Agrarier.

Um diese Stimmung müssen sich die Mehrheitsparteien schließlich ernstlich kümmern, weil sie die Gefahr in sich birgt, daß die Neuwahlen eine Majorität in den Reichstag bringen, die auch nicht für einen Groschen über die handelsvertragsmäßig festgesetzten Sätze hinaus zu haben ist. Daß Neuwahlen auch eine Mehrheit für die Regierungsvorlage entstehen lassen können, darf selbstverständlich nicht rund und entschieden bestritten werden. Aber jedenfalls ist dies Ergebnis nicht in solchem Grade wahrscheinlich, daß es das im Reichstag erhobene Verlangen nach künstlicher Näherrückung des Wahltermins verständlich machen könnte, verständlich wenigstens vom Standpunkt eines Freundes der Regierungsvorlage. Vielleicht wird der Welt und insbesondere den Nationalliberalen im Lande noch eine Erleuchtung über die tieferen Gründe jener Forderung. Bis dahin geben wir der Regierung recht, wenn sie, anstatt mit etwa 48 von 397 in den Krieg zu ziehen, es vorzieht, die dritte Lesung abzuwarten und dem Zentrum zu verstehen zu geben, daß die nette Wendung der „Germania", eine anständige Wirtschaftspolitik könne die Regierung doch nur mit den Klerikalen machen, in umgekehrter Form richtiger sei. Eine anständige Zollpolitik, d. h. eine solche, mit der das Zentrum sich vor seinen Bauern einerseits und vor seinen Industriearbeitern anderseits sehen lassen kann, vermag diese Partei nur mit der Regierung zu machen, und da diese — bei den Mindestzöllen und deren Beschränkung — bei ihrer Vorlage verbleibt, so ergibt sich die Voraussetzung für die künftige handelspolitische „Reputierlichkeit" des Zentrums von selbst. Soeben hat, beiläufig bemerkt, die Reputation ernstlich Schaden genommen durch den Umstand, daß einer der wirtschaftspolitischen Führer der Partei, um nicht zu sagen der wirtschaftspolitische Führer, Herr Müller-Fulda, bei der grundlegenden Abstimmung zum Zollgesetze sich des Votums enthalten hat. Das heißt doch, die Canaille „Volk" ungeniert als Canaille behandeln. Graf Kanitz von den Konservativen ist freilich ebenso verfahren. Aber den kennt man schon lange als adeligen Uebermenschen. Herr Müller aber ist bürgerlicher Kaufmann.

Wir werden wohl nicht allein in Deutschland dastehen, wenn wir bekennen, daß uns die — jetzt übrigens in einer anderen, ganz wesentlich gemilderten Form verbreitete — Rede des Herrn Carnegie kaum verständlich ist. Wir konnten nicht umhin, sie den Lesern vorzusetzen, da das Wolffsche Bureau es gewesen ist, das sie in Deutschland bekannt machte. Warum? wissen wir nicht. Der Erguß des Riesenkapitalisten enthält Schmeicheleien für den deutschen Kaiser, so grob und plump, daß sie beleidigend sind und gewiß auch so empfunden werden. Es beruht zudem auf großer Unkenntniß des wichtigsten und unbestrittensten Theiles der Politik Wilhelms II. Die auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bemühungen des Enkels des alten deutschen Kaisers Wilhelm I. sind von Anbeginn so unermüdlich, umfassend, ja geradezu lückenlos gewesen, daß eine Aufforderung, diese Bemühungen zu verstärken, wenn nicht gar erst aufzunehmen, nur von einer Person ausgehen kann, die vom Kaiser nichts Genaueres weiß, deshalb aber auch gewiß keinen Beruf hat, unser Reichsoberhaupt zu „stimulieren".

Cölibat.

Interessanter als die längsten Berichte über die alljährlichen Katholikentage, deren Beschlüsse und Resolutionen sich vorauswissen lassen, weil sie immer dieselben sind, ist eine kleine Notiz, die das „Leipziger Tageblatt" am 10. Oktober aus □ Berlin über einen „katholischen Gegner" des Cölibats brachte, und die miterwähnte Stellungnahme des „Bayrischen Kuriers", des Hauptorgans des bayerischen Zentrums, dazu erhöht seine Bedeutung. Professor Sickenberger ist nicht der einzige, der ernste Bedenken gegen den Cölibat, insbesondere der noch jugendlichen Kleriker, ausspricht; sie sind vom vierten Jahrhundert an sehr oft, und am energischsten gerade von frommen Katholiken, nach dem Vorgange des Asceten Paphnutius (325) geltend gemacht und eingehender als von Sickenberger begründet worden. Aber in Anbetracht der Tatsache, daß zur Zeit mehr als je die stumme Unterwerfung unter alle Satzungen der Kirche und ihr unfehlbares Oberhaupt als erste und unerläßlichste Pflicht jedes katholischen Christen gilt, ist das eine wie das andere auch für weitere Kreise beachtenswert.

Nicht als ob in absehbarer Zeit auf Beseitigung des Priestercölibats zu rechnen wäre; die Hierarchie wird sich so lange wie irgend möglich dagegen sträuben. Nur daß die Bewegung gegen den Cölibatzwang immer wieder von angesehenen Gliedern der katholischen Kirche ausgeht, läßt, um ein hier passendes triviales Wort zu gebrauchen, „tief blicken", und der Wunsch des „Bayr. Kur.", die Ketzerei des Professors Sickenberger nicht tragisch zu nehmen, bezw. sie unbeachtet zu lassen, ist wohlbegreiflich. Denn es handelt sich da um eine heikle Sache. Der Priestercölibat, auf dem einerseits die Stärke der katholischen Kirche beruht, ist anderseits ihre Achillesferse und kann nur durch fadenscheinige Sophismen gegen Angriffe geschützt werden. Die Ehe als eine des Christen unwürdige Gemeinschaft zu verdächtigen, geht schon aus Rücksicht auf den Apostel Paulus, den ersten unfehlbaren Papst, nicht an. Sie gilt der ganzen Christenheit als eine „göttliche Institution", und die römische Kirche sieht in der Eheschließung sogar ein Sakrament: eine Handlung, durch die der sie nach kirchlicher Vorschrift vollziehende Christ einer „besonderen Gnade" teilhaftig werden soll. Gesetzt nun, die Ehelosigkeit sei, aus irgend welchem Grunde, auch ein an sich wünschenswertes Gut, so ist doch „die göttliche Gnade" viel mehr als ein beliebiges Gut, zu dessen Aneignung die menschliche Willenskraft ausreicht, und von solcher Gnade diejenigen auszuschließen, die sie andern vermitteln sollen, ist ein Widerspruch, über den sich nicht hinwegkommen läßt. Die Behauptung aber, daß die Kirche ohne den Cölibat der Priester nicht bestehen könne, ist durch die Erfahrung vieler Jahrhunderte vor seiner gesetzlichen Einführung durch Gregor VII. widerlegt. Und auch die am häufigsten gehörte Bemerkung, daß der Cölibat im Interesse des Beichtgeheimnisses notwendig sei, weil der beweibte Priester zu stark versucht sei, es zu verletzen, ist nicht stichhaltig. Denn für den ehelosen Priester gibt es doch auch — Versuchungen (Professor S. deutet sie an), und dafür, daß er sie bestehen werde, hat die Kirche keine größere Bürgschaft, als für das feierliche Versprechen, daß er im Beichtstuhl Gehörtes für sich behalten werde.

Aber wozu in die Ferne sehen, was nahe liegt? Der Cölibat ist für eine Kirche, die herrschen will, eine kluge, ihrem Zwecke dienliche Einrichtung, weil durch ihn die nach Hunderttausenden zählenden Priester von der Welt losgelöst und ganz zur Verfügung ihres souveränen Oberhauptes gestellt werden.

Wie anders die Diener der evangelischen Kirche! Sie leben fast alle in ehelicher Gemeinschaft, und ihre persönlichen Lebensinteressen lassen sich von denen der Gesamtheit nicht trennen. Das Vaterland ist ihnen mehr als die zufällige Heimstätte. Ihre Söhne müssen es im Kriege mit verteidigen helfen. Sie können sich nicht neutral verhalten, wie die katholischen Priester und Ordensglieder, die keinen eigenen Herd zu verteidigen haben, oder gar, was auch schon vorgekommen ist, mit dem Feinde sympathisieren. Sie wurzeln augenscheinlich mit allen Fasern ihres Daseins im Volke, und wie manch tüchtigen Mann das Vaterland dem evangelischen Pfarrhause verdankt, ist allbekannt. Deshalb nichts törichter, als das pharisäische Herabsehen auf die „beweibten Priester".

Man wolle sich darüber klar werden: Luthers größte, verdienstlichste, folgewichtigste Tat war nicht die Verbrennung der päpstlichen Bannbulle, sondern — seine Eheschließung. Denn sie war der nicht zu überhörende Protest nicht nur gegen hierarchische Willkür, sondern auch gegen die gesamte moralische Weltanschauung der römischen Kirche. War und ist dieser das sittliche Ideal die größtmögliche Weltflucht, die Geringschätzung der natürlichen Lebensordnungen (Ehe, Familie, Gemeinde, Staat), so sah es Luther, umgekehrt, in deren Respektierung und Heiligung durch den christlichen Geist, — ein sehr viel größerer Unterschied, als der in den Dogmen der einen und der andern Kirche sich ausspricht. Es können noch Jahrhunderte vergehen, ehe die ganze Christenheit ihm darin folgt; aber die Stunde, in der es geschieht, wird schlagen, und die Folgen der Aufhebung des Cölibats werden nicht nur für die unter ihm leidenden Priester — durchweg die besten —, sondern auch für die Gesamtheit erfreulich und sozial heilsam sein.

D. D.

Deutsches Reich.

-|- **Berlin,** 25. Oktober. (König Victor Emanuel und Präsident Loubet.) An das Eintreffen des italienischen Botschafters in Paris Grafen Tornielli in Rom knüpft eine Wiener Korrespondenz eine bemerkenswerte Mitteilung. Ihr zufolge steht nämlich der Besuch des Grafen Tornielli in Rom „in Beziehung mit einem wahrscheinlichen Besuche des Königs von Italien bei dem Präsidenten Loubet in Paris und des Herrn Loubet beim Könige in Rom oder eher noch mit einer Entrevue zwischen Loubet und dem Könige in Palermo oder in Cagliari gelegentlich der Reise Loubets nach Tunis; allgemein hält man eine Entrevue in Palermo oder Cagliari für wahrscheinlich, da die Zeit für eine Reise des Königs Victor Emanuel nach Paris noch nicht reif ist." — Wir haben guten Grund zu der Annahme, daß es in der Tat so kommen wird, wie man es hier als wahrscheinlich ansieht, daß also eine Begegnung zwischen dem Könige Victor Emanuel und dem Präsidenten Loubet in Palermo oder in Cagliari stattfinden wird. Die Erklärung hierfür ist freilich anderwärts zu suchen, als in dem von jener Wiener Korrespondenz des weiteren geltend gemachten Umstande, der König von Italien würde in Paris mit zu wenig Enthusiasmus empfangen werden. Ohne bestreiten zu wollen, daß der König von Italien in Paris nicht so wie der mit Frankreich verbündete Kaiser von Rußland empfangen werden würde, hat man das Unterbleiben einer Reise des Königs von Italien nach Paris unter vollkommen andern Gesichtspunkten ins Auge zu fassen. Maßgebend für das Unterbleiben dieser Reise bleibt der Standpunkt Victor Emanuels, dem Präsidenten Loubet unter keinen Umständen den ersten Besuch zu machen. Das weiß niemand besser, als der französische Botschafter in Rom, Herr Barère. Dieser dürfte schon froh genug sein, wenn anläßlich der Reise des Präsidenten Loubet nach Tunis eine Begegnung zwischen dem italienischen Monarchen und dem Präsidenten der Republik in Palermo oder in Cagliari zu stande kommt. Nach all' seinen pomphaften Ankündigungen muß Herr Barère in der fraglichen Beziehung wenigstens ein reales Ergebnis herbeiführen. An eine Reise des Königs nach Paris ist schlechterdings nicht zu denken, und darum wird der Ausweg, wenigstens in Palermo oder in Cagliari eine Begegnung zwischen Victor Emanuel und Loubet stattfinden zu lassen, von Herrn Barère mit größter Bereitwilligkeit betreten werden.

□ **Berlin,** 25. Oktober. (Erfahrungen mit dem neuen Typ der deutschen Hochseetorpedos.) Von sachmännischer Feder verfaßt, ist soeben der seit vier Jahren übliche, für das große Publikum bestimmte Bericht über die Flottenmanöver des Jahres 1902 erschienen (Berlin, Mittler). Der anziehenden, durch eine Reihe lebendiger Abbildungen noch anschaulicher gestalteten Darstellung entnehmen wir die wesentlichsten Angaben über die Erfahrungen, die mit dem neuen Typ des deutschen Hochseetorpedos gemacht worden sind. Zum ersten Male setzten sich die beiden Torpedobootsflottillen aus lauter Vertretern des neuen Typs zusammen. Die Hauptunterschiede gegen den früheren Typ bestehen zunächst in dem erheblich größeren Deplacement, das dadurch bedingt ist, daß die neuen Boote zwei Maschinen und zwei Schrauben, anstatt einer, besitzen und mehr Kohlen fassen. Die artilleristische Armierung ist stärker als früher, die Anzahl der Torpedoausstoßrohre ist dieselbe. Infolge ausgezeichneter Seeeigenschaften sind sie jedem Wetter gewachsen und gewährleisten in weit höherem Maße als früher die Möglichkeit sicheren Navigierens. Der beste Beweis dafür, daß die Wahl dieses Typs einen sehr glücklichen Begriff bedeutet, ist die Tatsache, daß zwei Boote das Manöver mitmachten, die eben aus Ostasien heimgekehrt waren, nämlich S. 91 und S. 92. Die Boote gingen im Sommer 1900 nach Ostasien, waren dort volle zwei Jahre angestrengt tätig und wurden jetzt zur Manöverflotte gezogen, weil man beide Flottillen aus gleichartigen Booten zusammensetzen wollte. Das vorzügliche Bestehen aller Anstrengungen durch beide Boote zeugt einerseits von ausgezeichneter Beschaffenheit des Materials, anderseits von sachgemäßer Handhabung desselben durch das Personal. Die an Stelle der Cylinderkessel eingeführten Wasserrohrkessel haben, wie die Erfahrung mit den beiden Booten beweist, Ausgezeichnetes geleistet. Havarien kommen gelegentlich zwar vor, dürfen aber nicht irre machen: wo Holz gehauen wird, fliegen Späne! Drei bei der Flotte vorhandene Torpedoboote sind von der Kruppschen Germaniawerft gebaut. Sie werden zum Unterschied von den S- (Schicham-) Booten als G- (Germania-) Boote bezeichnet. Diese neuen G-Boote stehen den S-Booten vollwertig zur Seite und zeichnen sich besonders durch eine zweckmäßige Raumeinteilung im Innern aus. — Ein Wasserrohrbruch auf S. 98 war die einzige Havarie, die während der dreitägigen Dauer der Uebungen vorgekommen ist.

C. H. **Berlin,** 25. Oktober. Im anarchistischen Heerlager sind zwei Kundgebungen erfolgt, die immerhin größeres Interesse beanspruchen, weil sie zeigen, wie sehr die Internationalität zwischen den Anarchisten in Europa gepflegt wird. Aus Anlaß des Generalstreikes in Genf und der damit verbundenen Unruhen hat bekanntlich die republikanische Genfer Regierung eine Anzahl Anarchisten ausgewiesen; für diese, die sich angeblich in großer Not befinden, haben jetzt die hiesigen Genossen einen Aufruf zu Geldsammlungen erlassen. Die polnischen Anarchisten in Galizien wollen eine große Agitation entfalten und haben deshalb einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Eine Gruppe junger, kampfeslustiger Genossen hat sich, unbefriedigt, müßige Zuschauer des Kampfes unserer westeuropäischen Genossen zu bleiben, entschlossen, ihre ganze Energie, ihre ganze Leidenschaft auf die revolutionäre Propaganda zu richten und nicht auszuruhen, bis das polnische Proletariat, das durch die Grenzpfähle der drei Nachbarstaaten Oesterreich, Preußen und Rußland getrennt ist, die revolutionären Traditionen der Warschauer wieder aufgenommen und sich seiner heldenmütigen Vorkämpfer Dickstein, Kemmich, Warinski und Mroniewietzki würdig erwiesen haben wird." Da die polnischen Anarchisten kein Geld haben, um ihre Agitation wirksam betreiben zu können, so sollen die hiesigen Genossen solches sammeln; anarchistische Schriften von Kropotkin, Reclus und Most sind bereits ins Polnische übersetzt und die Drucklegung und der Vertrieb sollen beginnen, sobald die nötige „Munition" zusammen ist. Auch eine polnisch-anarchistische Zeitung soll ins Leben gerufen werden. Es wird interessant sein, zu erfahren, ob die nötigen Mittel beschafft werden. Gelingt dies, so wird die Polizei in allen europäischen Staaten die Augen wieder einmal weit offen halten müssen.

* **Berlin,** 25. Oktober. (Der Trakehner Prozeß.) Vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts ist ein Prozeß beendet worden, der in den Wahlkämpfen des nächsten Jahres, namentlich im Osten, eine große Rolle spielen und sicherlich auch das Abgeordnetenhaus in erregter Debatte beschäftigen wird. Gegen den Landstallmeister v. Oettingen waren von Sanitätsrat Nickel in Trakehnen Anklagen erhoben worden, die, so weit sie die persönliche Ehre des Herrn v. Oettingen antasteten, sich als grundlos erwiesen haben, die aber doch Zustände in einer preußischen Verwaltung offenbarten, die man nicht für möglich hielt. Es ist auf einem staatlichen Besitze vorgekommen, daß Scharwerker beiderlei Geschlechtes in derselben Kammer schlafen mußten, daß auf die Frage, wer hat gestohlen, sich die ganze Schulklasse erhob. Es gibt auf einer staatlichen Domäne Schulzimmer, in denen im Winter der Schnee liegt, da die Temperatur nicht über 0 Grad zu bringen ist. Der Staatsanwalt hat ausgeführt, daß Herrn v. Oettingen die Schuld an diesen Zuständen nicht treffe, da er bestrebt gewesen sei, die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, Wärter und Beamten, die er zu selbst als unglaublich schlecht bezeichnet hat, zu verbessern. Bei dem erbitterten Kriege, der zwischen Lehrern und Domänenverwaltung besteht, mögen auf beiden Seiten Fehler vorgekommen seinp; aber jedenfalls ist durch die Verhandlung erwiesen, daß die Lehrer sich ungefähr wie in einer Strafkolonie gefühlt haben. Wenn der Lehrer ruhig zusehen muß, wie es ihm durchs Dach regnet, so daß er seine Kleider im Schranke durch Säcke zu schützen versucht; wenn ihm die Kartoffeln im Keller, die Vorräte im Schuppen verderben und das Kalb im Stalle erfriert, ohne daß er Abhülfe zu schaffen vermag, so kann er doch unmöglich die zu seinem wichtigen und schweren Berufe nötige Freudigkeit aufbringen, so muß er notwendig daran verzweifeln, etwas Ersprießliches zu leisten, besonders, wenn er in einer nicht wärmbaren Schulstube vor Kindern, die vor Kälte klappern, lehren soll. Mögen viele der Klagen auf Auffassigkeit, auf gegenseitiger Verärgerung beruhen, jedenfalls war es, wie die „Tägl. Rundsch." zutreffend ausführt, unstatthaft, daß Herr v. Oettingen ihre Bewegungsfreiheit in der Weise einschränkte, daß die Lehrer, wenn sie auf ein benachbartes Dorf gehen wollten, erst seine Erlaubnis einholen mußten, als wären sie polizeilich Internierte. Von der Beförderung der Lehrer auf Schweinewagen und der Verweigerung des Fuhrwerkes in Krankheitsfällen oder gar bei dem ersten Kirchgange der Lehrersfrau nach der Entbindung oder dem Taufgange, wollen wir schweigen. Was den Trakehner Prozeß bedeutsam macht, ist nicht nur die Aufdeckung haltloser und unwürdiger Zustände auf einer königlichen Domäne, sondern die leidige Erfahrung, daß trotz aller Weisungen von hoher und höchster Stelle bei mancher Verwaltungsbehörde noch ein Geist herrscht, der die Zeit, in der wir leben und die Aufgaben, die dem Staate gestellt sind, nicht begreift, der unsere Entwickelung eigenmächtig um Jahrzehnte zurückschrauben möchte und dadurch die besten Regierungsabsichten nicht nur wirkungslos macht, sondern den Staatsnörglern und Staatsfeinden direkt in die Hände arbeitet.

Berlin, 25. Oktober. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" läßt sich aus Berlin eine Erzählung aufbinden, in der zu lesen ist: „Trotz aller offiziösen Schönfärbereien ist es sicher, daß der Reichskanzler Graf von Bülow dem Empfang der Vorrangenerale nicht wünschte und daß er ihnen ein Bein stellte, vermutlich so, daß er erst feststellte, der britische Botschafter werde die Generale nicht einführen, daß er dann dem Kaiser die entstehende Blamage vermalte, das Zögern der Vorrangenerale, die aus politischen Besorgnissen eine direkte Berufung erwarten mußten, als Nichtannahme der Einführungsbedingung auslegte und dann eiligst die Tür mit der Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zuschlug. Der Kaiser durchschaut heute die Sachlage. Die Kaiserin bemerkte in der vorigen Woche gelegentlich eines Damenempfanges, der Kaiser habe gesagt, daß er nicht mehr Herr in seinem Hause sei." — „Wir erinnern uns nicht, in einem Blatte, das auf politische Bedeutung und nationalen Takt Anspruch macht, einem albemeneren Schwindel begegnet zu sein. Es ist auch nicht ein wahres Wort an der ganzen Geschichte."

— An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Virchow ist für den Landtagswahlbezirk 3 Berlin ein neues Mitglied des Abgeordnetenhauses zu wählen. Der Oberpräsident hat den Termin für die Wahlmänner-Ergänzungs-Wahlen auf Dienstag, 6. Januar 1903, und den Termin für die Wahl des Abgeordneten auf Dienstag, 13. Januar 1903, festgesetzt.

— In der letzten Nummer der sozialdemokratischen „Neuen Zeit" macht Karl Kautsky gelegentlich folgende nicht uninteressante Bemerkungen:

„Das Proletariat muß danach trachten, das Heer als Mittel zur Niederhaltung des Volkes aufzuheben, aber es kann für absehbare Zeit leider noch nicht des Heeres als Mittel zur Verteidigung gegen auswärtige Feinde, namentlich von Osten, entraten. Das Problem wird nicht durch einfache Beseitigung der Armee gelöst, sondern durch Aufhebung der Privilegien, die sie, d. h. ihre Offiziere, in so reichlichem Maße genießen, und durch Aufhebung der Wehrlosigkeit des Volkes, d. h. durch Volksbewaffnung ... Wir denken selbstverständlich nicht daran, die gesamten Produktionsmittel mit einem Schlage zu verstaatlichen. Aber den Anfang dürften wir mit den großen Monopolen machen, Eisenbahnen, Bergwerke, Großgrundbesitz, kartellierte Großindustrien, ohne Unterschied des Besitzers ..."

— Nachdem die Mehrheit der preußischen Eisenbahndirektionen sich gegen eine Erneuerung der auf den Stationen aushängenden, abänderungsbedürftigen Zusammenstellung der wichtigeren Bestimmungen für den Personenverkehr ausgesprochen hat, weil ihr erfahrungsmäßig von den Reisenden wenig Beachtung geschenkt wird, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten der Einziehung dieses Anhanges auch im Hinblick darauf zugestimmt, daß die wichtigeren Bestimmungen in den durch Auszüge aus der Be-

SLUB
Wir führen Wissen.